

14. Beilage im Jahr 2024 zu den Sitzungsunterlagen des XXXI. Vorarlberger Landtages

Selbstständiger Antrag der NEOS Vorarlberg

Beilage 14/2024

An das
Präsidium des Vorarlberger Landtages
Landhaus
6900 Bregenz

Bregenz, am 25.01.2024

Betreff: Für die Zukunft – Heimfallsrechte in Schlüsselprojekte investieren

Sehr geehrter Herr Präsident,

bereits 1926 haben die handelnden Akteure im Land Vorarlberg und bei den Illwerken vkw AG ihren Weitblick gezeigt, indem das Wohl der künftigen Generationen ihr Handeln prägte. Sie haben nämlich in einem Landesvertrag die Heimfallsrechte zum Familiensilber des Landes gemacht. 2022 wurden diese dann mit einem Vertrag endgültig abgelöst, was wir NEOS an bestimmten Bedingungen geknüpft unterstützt haben. Schon damals forderten wir, dass wir dieses Geld vor allem für unsere Kinder und Jugendlichen nutzen. Ihnen stehen die Einnahmen aus den Heimfallsabläsen im Sinne der Erfinder auch zu. Die Einnahmen aus der Ablöse der Heimfallsrechte sind "frisches" Geld und sollen auch für neue "frische" Ideen eingesetzt werden können, um vor allem Projekte anzuschieben, die sonst nicht zustande kommen bzw. wirkungsvollen Projekten einen mehrjährigen Planungshorizont zu ermöglichen.

Der Landtagsbeschluss über den Einsatz der Mittel der Heimfallsrechte¹ hat aus unserer Sicht genau diese Möglichkeiten vorgesehen. Denn die vielfältigen Herausforderungen der Gegenwart werden auf Jahre hinaus zu gravierenden gesellschaftlichen Veränderungen führen. Der Investitionsbedarf in Projekte mit einem klaren Zukunftsaspekt ist also riesig, und das hat nicht nur mit der Zukunft, sondern auch mit der Vergangenheit zu tun. Zu oft wurden Projekte abgeschwächt oder auf die lange Bank geschoben, aber gerade in einer immer komplexer werdenden Welt müssen sich alle auf neue Rahmenbedingungen einstellen und das Land Vorarlberg muss in wesentlichen Bereichen einen deutlichen Gang zulegen.

Entscheidend ist, dass Steuergelder wirkungsorientiert eingesetzt und nicht einfach nur ausgegeben werden. Dazu müssen Projekte hinterfragt, überprüft und angepasst werden, um den größtmöglichen Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger - vor allem für

¹ [https://suche.vorarlberg.at/VLR/vlr_gov.nsf/0/FE8044BE636934C7C125890A005143B3/\\$FILE/1492022%20Illwerke-Heimfallsrechte%20Klarstellung%20zu%20den%20Bewertungsgrunds%C3%A4tzen%20%E2%80%93%20Er%C3%B6rterung%20in%20Schl%C3%BCsselprojekte%20investieren.pdf](https://suche.vorarlberg.at/VLR/vlr_gov.nsf/0/FE8044BE636934C7C125890A005143B3/$FILE/1492022%20Illwerke-Heimfallsrechte%20Klarstellung%20zu%20den%20Bewertungsgrunds%C3%A4tzen%20%E2%80%93%20Er%C3%B6rterung%20in%20Schl%C3%BCsselprojekte%20investieren.pdf)

die künftigen Generationen - zu schaffen. Gerade die Heimfallsgelder müssen für wirkliche Zukunftsinvestitionen mit möglichst breiter Wirkung eingesetzt werden. Zumal sich die Heimfallsfristen auf die Anlagen der Jahre 2040 bis 2054 beziehen, kommen die Gelder den künftigen Generationen zugute. Die jährlichen Zahlungen dürfen nicht irgendwo im Budget für bestehende Aufgaben oder bereits entschiedene Projekte versickern, sondern müssen in Form eines zweckgebundenen Zukunftsfonds in wirkliche Zukunftsbereiche fließen.

Doch genau das ist aktuell mehr als fraglich. Schlussendlich steht zur Diskussion, wie ernst es die Landesregierung mit der Umsetzung des diesbezüglichen Landtagsbeschlusses nimmt. Einerseits wäre ohne ein konkretes Nachfragen von uns NEOS im Finanzausschuss offen gewesen, ob im Ausschuss überhaupt berichtet worden wäre - eine von uns mehrfach eingeforderte Einbeziehung der Landtagsfraktionen von der Projektfindung bis -auswahl hat nicht stattgefunden.

Andererseits stellt sich die Frage was als "Schlüsselprojekte" definiert wird. Dieser Interpretationsspielraum darf nicht dazu führen, dass diese mehreren Millionen Euro jährlich dafür verwendet werden, bestimmte (laufende) Projekte und Aufgaben aus dem allgemeinen Budget herauszunehmen und diese Mittel sozusagen zum Stopfen der dann aufklaffenden Budgetlöcher zu verwenden. Gerade Projekte wie der seit 2017 angekündigte Bodenfonds oder eine Neuauflage des Wohnprogramms "WOHNEN 550" lassen aber leider darauf schließen.

Vor diesem Hintergrund stellen wir hiermit gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtages folgenden

ANTRAG

Der Vorarlberger Landtag möge beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert den Prozess zur Vergabe der Mittel aus den Heimfallsrechten transparenter, zielgerichteter und offener zu gestalten. Dabei sollen insbesondere

- 1. die Landtagsparteien schon vorab in Projektsuche bzw. -konzeption eingebunden werden;***
- 2. die Möglichkeit öffentlicher Projektfördercalls geschaffen werden, um den möglichen Kreis an Projektanträgen auszuweiten;***
- 3. die Projektauswahl so transparent zu gestalten, damit für alle nachvollziehbar ist, für welche Zielgruppen, über welchen Zeithorizont, welcher Nutzen generiert werden soll;***
- 4. sichergestellt werden, dass tatsächlich neue Projekte damit finanziert werden und die Mittel nicht zur Finanzierung ohnehin längst geplanter und beschlossener Maßnahmen herangezogen werden.“***

LAbg. KO Johannes Gasser, MSc Bakk. BA

LAbg. Garry Thür, lic.oec.HSG

LAbg. Fabienne Lackner

Der XXXI. Vorarlberger Landtag hat in seiner 2. Sitzung im Jahr 2024, am 6. März, den Selbstständigen Antrag, Beilage 14/2024, mit punkteweise unterschiedlichem Stimmverhalten – wie folgt – mehrheitlich abgelehnt:

- in den Punkten 1., 3. und 4. mit den Stimmen der VP-Fraktion und der Fraktion Die Grünen sowie des fraktionslosen Abg. Hopfner (dafür: FPÖ, SPÖ und NEOS) und
- im Punkt 2. mit den Stimmen der VP- und FPÖ-Fraktion, der Fraktion Die Grünen sowie des fraktionslosen Abg. Hopfner (dafür: SPÖ und NEOS).